

Antrag 2022/A/6
AfA Rheinland-Pfalz**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Bundesparteitag**Transformation gestalten: menschlich - sozial – ökologisch**

1 Die Transformation der gesamten Wirt-
2 schaft und Gesellschaft ist in vollem Gang.
3 Der Klimawandel und die Übernutzung
4 der natürlichen Ressourcen unseres Plane-
5 ten werden zukünftig einen starken Ein-
6 fluss auf unsere Lebens- und Arbeitsbe-
7 dingungen haben. Das haben uns gera-
8 de die Hochwasserkatastrophen in unse-
9 rem Land und die zunehmenden Wald-
10 brände in immer mehr Regionen Europas
11 im vergangenen Jahr vor Auge geführt.
12 Gleichzeitig erleben wir einen tiefgreifen-
13 den technologischen Wandel, zunehmen-
14 de Ungleichheit in der Einkommens- und
15 Vermögensverteilung, mangelnde Investi-
16 tionen sowohl im unternehmerischen Sek-
17 tor als auch in die öffentliche Infrastruk-
18 tur und in Bildung, eine vom Finanzkapita-
19 lismus geprägte Globalisierung. Wir stehen
20 aber noch am Anfang eines wirklich ent-
21 scheidenden Umbaus von Industrie Dienst-
22 leistungen und Landwirtschaft, der sich in
23 den nächsten Jahrzehnten weiter beschleu-
24 nigen wird. Es geht darum, einen ressour-
25 ceneffizienten und klimaneutralen Weg zu
26 finden, der der wachsenden Weltbevölke-
27 rung ein besseres Leben und mehr Gerech-
28 tigkeit bringt. Schwer abschätzbare Risi-
29 ken und neuen Chancen gehen miteinan-
30 der einher. Begeisterung und Hoffnungen
31 treffen auf Skepsis und Ängste. Ein globa-
32 ler Markt von nie gekannten Ausmaßen ist
33 entstanden, ein eifriger, wissenschaftlich-
34 technischer Fortschritt verändert unsere
35 Lebens- und Arbeitswelt, drohende ökolo-
36 gische Verwüstungen erfordern den Um-

37 bau von Wirtschaft und Industrie. Klima-
38 wandel, Energie- und Verkehrswende, Glo-
39 balisierung, Industrie 4.0, Digitalisierung,
40 Demografie, und vieles mehr verändern er-
41 heblich alle Bereiche unserer Wirtschaft
42 und Gesellschaft und reichen tief in un-
43 seren Alltag hinein. Viele dieser Prozes-
44 se wurden und werden nun durch die
45 Corona-Pandemie erheblich verstärkt und
46 beschleunigt. Aktuell kommen noch Ent-
47 wicklungen wie die Störungen der Liefer-
48 ketten, die Explosion der Energiepreise, Bla-
49 senbildungen beispielsweise im Immobili-
50 ensektor, steigende Risiken auf den inter-
51 nationalen Finanzmärkten hinzu. Es gilt,
52 die tiefgreifenden Umbrüche in Arbeits-
53 welt und Gesellschaft

- 54 • sozial gerecht, also verbunden mit
- 55 Stärkung der Lohneinkommen und
- 56 der sozialen Sicherungssysteme,
- 57 • im Sinne guter Arbeit, also der Huma-
- 58 nisierung, Gesundheit und Qualifizie-
- 59 rung,
- 60 • ökologisch nachhaltig,
- 61 • demokratisch im Sinne von mehr
- 62 politisch-gewerkschaftlicher Len-
- 63 kung und Mitbestimmung

64 zu gestalten. Ob jetzt die Chancen der
65 Transformation genutzt werden oder ihre
66 Folgen negativ durchschlagen, ob jetzt die
67 Gestaltung des Wandels gelingt oder eine
68 Erosion industrieller Kernstrukturen zuge-
69 lassen wird, ob jetzt Beschäftigte beteiligt,
70 qualifiziert oder entlassen und abgehängt
71 werden, ob Vertrauen in demokratische
72 Prozesse gestärkt oder reaktionäre/ rechts-
73 populistische Kräfte sich demagogisch als
74 ‚Alternative‘ profilieren können, das haben
75 alle verantwortlichen Akteure in der Hand.
76 Um Wirtschaftsförderungen und Investi-

77 tionen zu verwalten muss der öffentliche
78 Dienst verstärkt werden. Die Problematik
79 bedrohter Wertschöpfung in den Regionen
80 des Umbruchs wird seitens der Koalitionä-
81 re erkannt und es soll eine aktive regionale
82 Strukturpolitik unterstützt werden. Auch
83 die Finanzierungsprobleme von KMU im
84 Umbruch werden adressiert. In vielen
85 Bereichen kommt es auf die Umsetzung
86 an. Für eine umfassende Mobilitätswende
87 ist noch nicht geklärt, ob es wirklich zu
88 ausreichender Förderung von Schiene,
89 klimafreundlicherem Güterverkehr und
90 öffentlichen Mobilitätsträgern kommt.
91 Dafür sollen die beschleunigten Verfahren
92 schnell eingeführt und umgesetzt werden.
93 Für den Ausbau der Erneuerbaren sind viele
94 positive Maßnahmen im Koalitionsvertrag
95 vereinbart, von den erhöhten Zielen über
96 die Planungsbeschleunigung bis zur Finan-
97 zierung, der Reform des Strompreises und
98 der Akzeptanz von Gas als Übergangstech-
99 nologie. Für den Wärmebereich ist vieles
100 ambitioniert festgelegt. Im Koalitions-
101 vertrag wird eine Weiterentwicklung der
102 Mitbestimmung angekündigt, leider aber
103 nur wenige konkrete Vorhaben benannt.
104 Erbeinhaltet gute arbeitsmarktpolitische
105 Ansätze. Mit dem Qualifizierungsgeld soll
106 ein Instrument geschaffen werden, das
107 dem bisherigen Transformationskurzarbei-
108 tergeld nahekommt. Positiv ist auch die
109 Weiterentwicklung des Qualifizierungs-
110 (Transfer)kurzarbeitergeldes. Mit der
111 Bildungs-(teil)zeit wird ein Anspruch
112 auf Weiterbildung eingeführt und eine
113 finanzielle Unterstützung avisiert. Das
114 Nachholen eines Berufsabschlusses oder
115 eine berufliche Neuorientierung sollen
116 möglich werden. Mit den Vereinbarungen

117 im Koalitionsvertrag stellt sich die neue
118 Regierung der großen Herausforderung
119 unserer Zeit, der sozial-ökologischen Trans-
120 formation. Uns fehlt konkret: Was wird
121 an zusätzlichen öffentlichen Investitionen
122 gebraucht und wie sieht ihre Finanzie-
123 rung aus? Der Wille ist erkennbar, über
124 Absichtserklärungen hinaus zu konkretem,
125 zielgerichtetem Handeln zu kommen.

126 Unsere Forderungen:

127 Wir wollen, dass die Arbeitnehmerschaft
128 und ihre Gewerkschaften zu Akteuren der
129 Veränderungen werden. Ohne reale Ver-
130 änderungen hin zur Demokratisierung der
131 Unternehmen und der gesamten Wirt-
132 schaft, ohne eine Umverteilung von Macht
133 und Einkommen wird es keinen ökologisch-
134 sozialen Umbau unserer Volkswirtschaft
135 geben können. Im Kern kann die Transfor-
136 mation nur im Produktions- und Dienstleis-
137 tungssektor, also in Betrieben, Forschungs-
138 einrichtungen und Verwaltungen umge-
139 setzt werden, dort wo die menschliche Ar-
140 beit geleistet wird. Die Transformation und
141 der Klimawandel sind soziale Fragen: Neo-
142 liberale, Konservative und teilweise grü-
143 ne Kräfte treffen sich an einem zentralen
144 Punkt: die Kosten der Transformation sol-
145 len über Preise auf die Masse der Verbrau-
146 cher abgewälzt und ihre beschäftigungs-
147 politischen „Kollateralschäden“ als Neben-
148 widerspruch der wissenschaftlichen Wahr-
149 heit in Kauf genommen werden. Umge-
150 kehrt werden Störungen auf den entfessel-
151 ten Weltmärkten, internationale Konflikte,
152 Spekulationen und tatsächliche Knapphei-
153 ten der Klimaschutzpolitik angelastet. Bis-
154 her ist noch nicht erkennbar, ob und wie
155 Kosten und Nutzen der Transformation ge-
156 recht verteilt werden können. Es ist die his-

157 torische Aufgabe und das Alleinstellungs-
158 merkmal der Sozialdemokratie, die soziale
159 und humane Gestaltung des Wandels im
160 Bündnis mit den Gewerkschaften und un-
161 ter Einbeziehung der gesamten Arbeitneh-
162 merschaft politisch zu planen, programma-
163 tisch voranzutreiben und mehrheitsfähig
164 zu machen.

165 1) Energie- und Mobilitätswende meistern
166 Die Energiewirtschaft und der Automo-
167 bilsektor sind aktuell die am stärksten
168 von der Transformation betroffenen In-
169 dustrien. Die Beschäftigten erleben die
170 Transformation in großen Teilen als Be-
171 drohung mit Abstieg und Einkommensver-
172 lust. Bergwerke und Kraftwerke mit siche-
173 ren Einkommen, sozialer Absicherung, Mit-
174 bestimmung und hohem gewerkschaftli-
175 chem Organisationsgrad wurden geschlos-
176 sen und die alten Strukturen der Ener-
177 giewirtschaft mit guten Arbeitsbedingun-
178 gen zerschlagen. Auch die Unternehmen
179 mit über hunderttausend Beschäftigten
180 des deutschen Energieanlagen- und Kraft-
181 werksbaus und ihrer Zulieferer, denen beim
182 Umbau der Energie- und WärmeverSOR-
183 gung eine Schlüsselrolle zufällt, sind be-
184 droht. Investitionen in Energieanlagen und
185 deren Service wurden zurückgestellt oder
186 auf die lange Bank geschoben. Der Abbau
187 von Arbeitsplätzen und die Schließung von
188 ganzen Standorten nehmen zu. Gleichzei-
189 tig fehlen Fachkräfte und es gibt Proble-
190 me bei der Stellenbesetzung. Ursache sind
191 oft fehlende Tarifbindung und schlechte
192 Arbeitsbedingungen. Die Masse der „neu-
193 en“ Arbeitsplätze im Bereich von Wind-
194 und Solarenergie erwies sich als insta-
195 bil, gewerkschafts- und mitbestimmungs-
196 feindlich. Bei öffentlicher Vergabe erhal-

197 ten oft Firmen ohne Tarifbindung den Zu-
198 schlag. Tarifgebundene Anlagenhersteller
199 und Leitungsbauer gehen leer aus. Außer-
200 dem fehlt für viele Projekte die Akzeptanz.
201 In der Automobilindustrie nutzen viele Ar-
202 beitgeber, vor allem bei den Zulieferern, die
203 Chancen für Tarifflicht und Betriebsverla-
204 gerungen ins Ausland oder drohen derarti-
205 ge Maßnahmen an. Hier geht es um hun-
206 derttausende Jobs. Der Gebäudesektor ge-
207 rät trotz derzeitigem Boom ebenfalls unter
208 Druck, weil der demografische Wandel stär-
209 ker wird, Rohstoffpreise steigen und Indus-
210 trie und Handwerk die Fachleute ausgehen
211 und der Nachwuchs fehlt. Ursache sind oft
212 fehlende Attraktivität oder zu wenig Aus-
213 bildung. Die Strategien vieler Konzernlen-
214 ker, Berater und Investoren laufen darauf
215 hinaus, traditionelle Unternehmenszweige
216 und Betriebsteile abzustoßen und abzuwi-
217 ckeln und die zukunftssträchtigen Teile „alt-
218 lastenfrei“ mit maximalen Profiten auf den
219 Märkten zu platzieren. Eine Energie- und
220 Mobilitätswende muss unbedingt mit be-
221 schäftigungspolitischen Zielen verbunden
222 werden. Deshalb brauchen wir für den Weg
223 in eine gute Zukunft:

- 224 • Ein klares Bekenntnis zu guter
225 Arbeit. Maßnahmenpakete und
226 konkrete Umsetzungsschritte müs-
227 sen mit sozialen und ökologischen
228 Nachhaltigkeitskriterien in den
229 öffentlichen Tariftreue- und Vergabe-
230 richtlinien und Förderprogrammen
231 auf allen Ebenen verankert werden
232 und in die Ausgestaltung der EU-
233 Taxonomie einfließen und dabei
234 Perspektiven für Gute Arbeit und
235 nachhaltige Wertschöpfung im hei-
236 mischen Industrie-, Handwerks und

- 237 Dienstleistungsbereich sicherstellen.
- 238 • Wir brauchen ein industriepolitisches
- 239 Gesamtkonzept mit vorausschau-
- 240 ender Innovationsförderung für
- 241 klimaneutrale Technologien und
- 242 funktionierender Sektorenkopplung
- 243 unter Beteiligung der Gewerkschaf-
- 244 ten.
- 245 • Schnelle Entscheidungen, konkrete
- 246 Maßnahmen und Verbindlichkeit bei
- 247 der Umsetzung. Die Kopplung und
- 248 Verzahnung aller Mobilitäts- Energie-
- 249 und Wärmesektoren muss vorange-
- 250 trieben werden.
- 251 • Mehr Verbindlichkeit bei der Umset-
- 252 zung des Klimaprogramm 2030 der
- 253 Bundesregierung.
- 254 • verstärkten Ausbau intelligenter Ver-
- 255 teilnetze und die Förderung neuer
- 256 Speichertechnologien.
- 257 • Schaffung von Rahmenbedingungen
- 258 und Planungssicherheit für die ener-
- 259 gieintensiven Industrien im interna-
- 260 tionalen Wettbewerb.
- 261 • Förderung von Innovationen in
- 262 neue Energietechnik, zum Bei-
- 263 spiel für Hochtemperatur-wärme,
- 264 Kraft-Wärme-Koppelung oder Koh-
- 265 lenstoffnutzung in der Industrie.
- 266 Bisherige Energieregionen zu neuen
- 267 Energieregionen umbauen und dabei
- 268 sowohl Nachnutzungs-konzepte
- 269 für abgeschaltete Kraftwerke, wie
- 270 auch Pilotprojekte zu erneuerbaren
- 271 Energietechnologien ermöglichen
- 272 und Fernwärme ausbauen.
- 273 • Gewährleistung von Versorgungssi-
- 274 cherheit durch flexible Gaskraftwer-
- 275 ke, industrielle Eigenstromerzeugung
- 276 und KWK. Neubau von 17 GW Gas-

277 kraftwerken als Brückentechnologie.
278 Maßnahmen einer integrierten
279 Industrie- und Handwerkspolitik

- 280 • Der Umbau unserer Energie- und
281 Wärmeversorgung verlangt eine
282 nachhaltige industriepolitische Stra-
283 tegie, eine Umsetzung mit klaren
284 Rahmenbedingungen und hoher Ver-
285 bindlichkeit – für die Industrie, aber
286 auch für das Handwerk. Das schafft
287 dauerhaft verlässliche Wettbewerbs-
288 und Investitionsbedingungen für
289 die Unternehmen und damit Per-
290 spektiven für die Beschäftigten in
291 den Branchen. Energiewende und
292 Klimaschutz müssen stärker mit
293 Wirtschafts-, Industrie- und Hand-
294 werkspolitik zusammengedacht,
295 geplant und umgesetzt werden.
- 296 • Modernisierungsrate bei Gebäu-
297 den sozial verträglich gestalten
298 und den Ausbau mit moderner
299 Heizungstechnik (z.B. Hybrid/Wär-
300 mepumpen/KWK) beschleunigen.
- 301 • Förderlandschaft transparent, ver-
302 ständlich, technologieoffen und
303 sozial ausgewogen gestalten, lang-
304 fristig verstetigen und die Zugänge
305 erleichtern.
- 306 • Verlässliche Rahmenbedingun-
307 gen mit mehr Rechtssicherheit bei
308 schneller Planung und Auswei-
309 sung mit verbesserten bzw. neuen
310 Sonderregelungen für Windenergie.
- 311 • Aufbau von Kapazitäten und Infra-
312 struktur für grünen Wasserstoff,
313 Import nach fairen Umwelt-, Sozial-
314 und Arbeitsstandards. Im Übergang
315 auch Nutzung von CO₂-armen und
316 später CO₂-freien Energieträgern

- 317 (Gas/Liquid) ohne Restriktionen.
- 318 • eine flächendeckende und verlässliche
319 Infrastruktur von Schnellladesta-
320 tionen genauso wie massive Investi-
321 tionen in den öffentlichen Nah- und
322 Fernverkehr und die Schiene.
- 323 • Den Strompreis sozialverträglich
324 bezahlbar machen. Weitergabe der
325 Preisvorteile für erneuerbarer Energi-
326 en schaffen, Abgaben und Umlagen
327 überprüfen und reformieren, Speku-
328 lation unterbinden und Strommarkt
329 wieder regulieren.
- 330 • eine Industriepolitische Begleitung
331 der Transformation durch politi-
332 sche Rahmensetzungen für die
333 einzuschlagenden Technologiepfa-
334 de einschließlich entsprechender
335 breit angelegter technologieoffener
336 Forschungsprogramme.
- 337 • Entwicklung von Masterplänen, die
338 die Umstellung der Wertschöpfungs-
339 ketten auf die neuen Technologien
340 und Produkte unterstützen, Dumping
341 und Verdrängungswettbewerb aus-
342 schließen und möglichst die gesam-
343 te Wertschöpfungskette in Deutsch-
344 land und Europa halten bzw. die
345 fehlenden Teile schaffen. Neue Po-
346 tentiale müssen an den Schnittstel-
347 len der Sektoren- und Branchengren-
348 zen im Zusammenspiel verschiede-
349 ner Unternehmen aus verschiedenen
350 Branchen gehoben werden. Die da-
351 mit verbundenen Umstrukturierun-
352 gen sind unter Erhalt von Mitbestim-
353 mung und Tarifbindung und zusam-
354 men mit den Gewerkschaften sozial-
355 verträglich zu gestalten.
- 356 • Ziel muss die Kreislaufwirtschaft

357 sein, Konzepte hierzu müssen mit
358 allen dazugehörigen Partnern ermittelt
359 und umgesetzt werden.

- 360 • Ein industriepolitisches Augenmerk
361 müssen wir auf die Stabilisierung
362 von Lieferketten legen. Dazu braucht
363 es gesamteuropäische Konzepte,
364 um Abhängigkeiten und Umwelt-
365 und soziale Schäden zu reduzieren.
366 Angesichts der gewaltigen Investitionsbedarfe ist mit einer Politik
367 der schwarzen Null und weiterer Investitionszurückhaltung der
368 Unternehmen die Verkehrs- und
369 Energiewende nicht zu bewältigen.
370 Angesichts riesiger Kapitalanlagen
371 und günstiger Finanzierungsbedingungen (Investmentfonds halten
372 Billionensummen bereit, die Aktienkurse liegen auf Rekordniveau, die
373 Gewinne im letzten Jahrzehnt waren exorbitant, die Zinsen sind extrem
374 niedrig und die Eigenkapitalausstattung ist hoch), müssen Staat und
375 Politik vor allem einen berechenbaren Rahmen und entsprechende
376 Investitionsanreize für die Industrie setzen, auch durch entsprechende
377 öffentliche Nachfrage. (Öffentliche Verkehrsmittel, Beschaffung, kommunale Finanzen...) Steuergelder, die
378 an Unternehmen gezahlt werden, müssen an verbindliche Standards,
379 Vorgaben und Rückzahlungen gebunden werden. Ansonsten soll
380 deren Einsatz an Beschäftigungssicherung, Qualifizierung, und soziale
381 Absicherung beschränkt bleiben.
- 382 • Dazu brauchen wir ein umfassendes
383 Investitionsprogramm. Klimaneutra-

384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396

397 lität erfordert enorme Investitionen
398 zur Aufrechterhaltung der Ver-
399 sorgungssicherheit. Ein enormer
400 Investitionsbedarf von rund 500
401 Milliarden Euro in den nächsten zehn
402 Jahren ist insgesamt notwendig.
403 Die öffentliche Hand trägt davon
404 einen hohen Anteil. Wir brauchen
405 dazu eine klare, umfassende Regu-
406 lierung und Förderung bei der auch
407 sozial-ökologische Kriterien wirken.
408 Resiliente Wertschöpfungsketten
409 in Deutschland und Europa müs-
410 sen die Zielstellung für kommende
411 Investitionen sein.

412 Im Zuge der Digitalisierung werden Ar-
413 beitsplatzeffekte in vielen Branchen durch
414 gegenläufige Prozesse geprägt: Wachstum
415 durch neue digitale Angebote sichert und
416 schafft Arbeitsplätze – Effizienzgewinne
417 durch Digitalisierung interner Prozesse
418 gefährden Arbeitsplätze. Noch stärker
419 als direkte Produktionsbereiche könnten
420 allerdings die indirekten/klassischen Büro-
421 und Informationstätigkeiten (wie Buchhal-
422 tung, Sachbearbeitung, Engineering etc.)
423 unter Druck geraten. Die Digitalisierung
424 in ihren Auswirkungen auf Leistungs-
425 und Verhaltenskontrollen (Stichwort:
426 „Gläserner Mitarbeiter“) braucht Verein-
427 barungen zum Schutz der Beschäftigten.
428 Die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten
429 beinhalten mit zunehmendem Leistungs-
430 druck, Arbeitsverdichtung und ständiger
431 Erreichbarkeit große Risiken für die Be-
432 schäftigten, insbesondere mit der Folge der
433 Zunahme von psychischen Erkrankungen.
434 In allen Bereichen bedarf es erheblicher
435 Qualifizierungsanstrengungen, weil wir
436 die Beschäftigten auf neue Tätigkeiten

437 vorbereiten müssen. Die gesetzlichen
438 Rahmenbedingungen müssen deshalb mit
439 einem Transformations-KUG oder Quali-
440 fizierungsgeld weiterentwickelt werden.
441 Dies gilt in besonderem Maße auch mit
442 Blick auf die demografische Entwicklung.
443 Die Rekrutierung von neuen Fachkräften
444 und die betriebliche Weiterbildung vorhan-
445 dener Fachkräfte sind wesentliche Grund-
446 lage für die Organisation des Wissens- und
447 Know-how-Transfers. Die Transformations-
448 und Diversifizierungsprozesse müssen
449 durch entsprechende Ausbildungs- und
450 Qualifizierungsmaßnahmen begleitet
451 werden. Eine Qualifizierungsoffensive in
452 den Industrie- und Handwerksbranchen
453 der Energie- und Wärmetechnologien ist
454 dazu der richtige Weg. Dazu brauchen wir
455 neben erreichbaren Weiterbildungsange-
456 boten auch ein einfaches zugängliches
457 Weiterbildungsangebot, das aufführt,
458 welche Rechte und Pflichten bei Weiter-
459 bildung bestehen und wo man sich über
460 Angebote informieren kann. Neben staatli-
461 chen Institutionen sind vor allem auch die
462 Arbeitgeber zu fordern.

463 2) Außenwirtschaftliche Absicherung

464 Durch die fortschreitende Digitalisierung
465 und den Druck der Investoren und Finanz-
466 märkte gewinnt der Konkurrenzdruck an
467 neuer Schärfe. Bisher wird dieser Druck an
468 die Beschäftigten, auf die Steuer- und So-
469 zialsysteme, an Umwelt und Klima wei-
470 tergegeben. Staaten sollen im Zuge der
471 Durchsetzung marktgerechter Demokrati-
472 en (oder Diktaturen) zu Anbietern konkur-
473 rierender Rechtssysteme degradiert wer-
474 den. Damit muss Schluss sein. Wir for-
475 dern demgegenüber einen Primat von Po-
476 litik, Staat und Demokratie. Das bedeu-

477 tet, dass wir Regeln, die die Arbeiterbewe-
478 gung in jahrhundertelangen Auseinander-
479 setzungen auf nationaler Ebene erkämpft
480 hat, auch dadurch absichern müssen, dass
481 sie nicht durch die Globalisierung unter-
482 spült werden. In Zeiten der Transformati-
483 on gilt es, fortschrittliche Klima-, Umwelt-
484 , Arbeits-, Steuer- und Sozialpolitik nicht
485 durch deregulierten Welthandel aushebeln
486 zu lassen. Auf EU-Ebene hat das durch die
487 Regulierung des Binnenmarktes zu gesche-
488 hen. Ansatzpunkte sind hier gemeinsame
489 Regeln für die Kapital- und Unternehmens-
490 besteuern, der co2-Zertifikatehandel, die
491 Etablierung der sozialen Säule samt Mit-
492 bestimmung, Mindestlohn und Sozialsys-
493 temen, eine Industrie- und Dienstleistungs-
494 politik, die diesen Namen verdient und ei-
495 ne neue Handelspolitik. Wir unterstützen
496 sämtliche Bemühungen für ein nationa-
497 les oder europäisches Lieferketten-gesetz
498 mit verbindlichem statt freiwilligem Cha-
499 rakter. Das gilt auch für Einfuhrbestim-
500 mungen für Rohstoffe wie bei den „Kon-
501 fliktmineralien“. Die von den USA ange-
502 zettelten Handelskonflikte sowie die De-
503 batte um CETA, TTIP und die anstehen-
504 den weiteren Abkommen beispielsweise
505 mit dem Mercosur zeigen, wie weit wir von
506 fairem internationalen Wettbewerb ent-
507 fernt sind. Die Durchsetzung sozialer und
508 ökologischer Standards scheitert hier im-
509 mer wieder an verbindlichen, kontrollierba-
510 ren und rechtlich durchsetzbaren Regeln,
511 egal ob es um Landwirtschaft, Abholzung,
512 Datenschutz, Steuern, Arbeitnehmerrech-
513 te oder Kapitalmärkte geht. Wir sprechen
514 uns daher für ein Moratorium für alle EU-
515 Handelsabkommen aus. Dies gilt, bis die
516 EU Instrumente gegen Umwelt- und So-

517 zialdumping entwickelt hat. Im Zuge der
518 Klimadiskussion gewinnt ein sogenannter
519 ökologischer Grenzausgleich (co2-Zoll) bei
520 grünen und anderen neoliberalen Wissen-
521 schaftlern und Politikern Anhänger. Die-
522 se warnen ebenso wie Industrie, Gewerk-
523 schaften und Sozialdemokraten davor, dass
524 wir ökonomisch zu den Verlierern unse-
525 rer eigenen Klimapolitik werden, wenn co2-
526 und energieintensive Industrien ins Län-
527 der mit niedrigen co2-Preisen abwandern.
528 Dann würde die Transformation tatsäch-
529 lich in De-Industrialisierung einmünden.
530 Ein Vorschlag sieht daher ein Grenzaus-
531 gleichssystem wie bei der Mehrwertsteu-
532 er vor: Importe werden dabei mit dem na-
533 tionalen Steuersatz nachbelastet, Expor-
534 te freigestellt. Grundlage der Besteuerung
535 wäre der co2-Gehalt des jeweiligen Impor-
536 tes. Wir fordern eine entsprechende Rege-
537 lung für soziale Standards, also einen sozia-
538 len Grenzausgleich. Maßgröße dafür sind
539 ökonomisch feststellbare und vergleichba-
540 re Daten, die international anerkannt sind.
541 Dies könnte der Gini-Koeffizient, also der
542 Maßstab für Ungleichheit, die Bruttolohn-
543 quote nebst Mindestlohniveau oder/und
544 die Sozialleistungsquote sein. Auch wäre
545 denkbar, in einem Punktesystem interna-
546 tionale Menschen- und Arbeitsrechtsnor-
547 men einzuberechnen. Entscheidend dabei
548 ist, dass wir nicht protektionistisch unser
549 Wohlstandsniveau zugrunde legen, son-
550 dern relative Kennziffern der jeweiligen
551 Volkswirtschaft, die den jeweiligen Grad
552 an Ausbeutung im Verhältnis zum deut-
553 schen bzw. europäischen Niveau aufzeigen.
554 Der Grenzausgleich verteuert bzw. verbil-
555 ligt Einfuhren in dem Maße, wie das Ge-
556 rechtigkeitsniveau vom heimischen Niveau

557 abweicht. Damit setzen wir auch Anreize in
558 aller Welt, den arbeitenden Menschen in al-
559 len Wirtschaftszweigen gerechte Einkom-
560 men zukommen zu lassen und vermindern
561 den Druck auf die Arbeitsbedingungen
562 im globalen Zusammenhang. Um weite-
563 ren Handelskonflikten vorzubeugen, muss
564 ein solches sozial-ökologisches Grenzaus-
565 gleichsystem auf europäischer Ebene, in
566 der OECD und vor allem in der WTO voran-
567 getrieben werden.

568 3) Mitbestimmung und Demokratie im Be-
569 trieb stärken

570 Betriebsräte und die Unternehmensmitbe-
571 stimmung sind für die Entwicklung be-
572 trieblicher Innovationen und in der Aus-
573 bildung und Qualifizierung von Beschäftig-
574 ten mehr als eine enorme Bereicherung.
575 Sie schützen Beschäftigte und setzen sich
576 für diese ein. Die Wirtschafts- und Finanz-
577 krise hat deutlich gezeigt, dass Betriebs-
578 und Personalräte und Unternehmensmit-
579 bestimmung ein echter Standortvorteil für
580 unsere Industrie und Wirtschaft sind. Un-
581 sere Industrie, Handwerk und Dienstleis-
582 tung sind in der Gestaltung der Transfor-
583 mation auf das Know-how und die Mitwir-
584 kung ihrer Beschäftigten angewiesen. Oh-
585 ne Beteiligung der Belegschaften wird dies
586 nicht gelingen. Und Beteiligung im deut-
587 schen Sozialpartnermodell braucht auch
588 eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte
589 der Betriebs- und Personalräte. Mitbestim-
590 mung und Tarifverträge sind aus unserer
591 Sicht zentrale Säulen zur Bewältigung des
592 Wandels in seiner neuen Dimension und ih-
593 rer möglichen Folgen. Diese Lehren sollten
594 wir aus den Erfahrungen im Zusammen-
595 hang der gemeinsamen Krisenbewältigung
596 nicht vernachlässigen.

- 597 • Wir brauchen stärkere Mitbestim-
598 mungsrechte der Betriebs- und Perso-
599 nalräte, damit betriebliche Zukunfts-
600 vereinbarungen, die mittel- und
601 langfristige Investitionsentscheidun-
602 gen, Standortsicherung, Kündigungsschutz und verbindliche Personal-
603 und Qualifizierungsplanung- und
604 Entwicklung beinhalten, wenn nötig
605 auch erzwingbar vereinbart werden
606 können.
- 607
- 608 • Die Mitbestimmung von Betriebs-
609 räten bei Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung, bei Betriebsänderungen (Umorganisation,
610 Umstrukturierungen, Produktionsverlagerungen, Beschäftigungsabbau) ist zu erweitern und durch
611 ein zwingendes Mitbestimmungsrecht beim Interessenausgleich zu
612 stärken. Outsourcing-Maßnahmen und der Einsatz von Leiharbeit und
613 Werkverträgen müssen einer stärkeren Mitbestimmung und einem
614 Zustimmungsverweigerungsrecht unterliegen. Hinzu gehört auch ein
615 effektiver Unterlassungsanspruch bei Nichtbeachtung jeglicher Beteiligungsrechte.
- 616
- 617 • Gesetzlich festgelegte Förderung
618 und Finanzierung spezifischer
619 Qualifizierungs- und Beratungsangebote für Betriebsräte müssen
620 geschaffen werden, um die Arbeitnehmervertretungen für komplexer werdende Anforderungen zur
621 Gestaltung von Transformation handlungsfähiger zu machen.
- 622
- 623 • Maßnahmen der Beschäftigungssicherung, z.B. eine Beschäftigungs-
- 624
- 625
- 626
- 627
- 628
- 629
- 630
- 631
- 632
- 633
- 634
- 635
- 636

- 637 und Qualifizierungsgesellschaft,
638 muss als Teil des Sozialplanes vom
639 Betriebsrat durchgesetzt werden
640 können.
- 641 • Mit einer Möglichkeit der Kurzarbeit
642 bei strukturellen Umbrüchen könnte
643 diese Phase stärker und gezielter für
644 die Qualifikation der Beschäftigten
645 genutzt werden. Dazu bedarf es ei-
646 ner Erweiterung des Qualifizierungs-
647 chancengesetzes mit einem kollekti-
648 ven Ansatz.
 - 649 • Wir wollen die Rechte der Beschäf-
650 tigten bei Betriebsübergängen
651 sowie Unternehmens-fusionen und
652 -aufspaltungen verbessern und
653 Mitbestimmung auch in wirtschaftli-
654 chen Fragen schaffen.
 - 655 • Es braucht außerdem die institutio-
656 nelle Förderung von Beratungsinsti-
657 tuten durch den Staat, um Betriebsrä-
658 te und Unternehmen dauerhaft und
659 kompetent bei der Bewältigung der
660 anstehenden Herausforderungen zu
661 unterstützen.
 - 662 • Stärkere Beteiligung von Personal-
663 /Betriebsräten und Belegschaften bei
664 der Umsetzung von Digitalisierung
665 und Elektromobilität in der Wirt-
666 schaft, also auch Mitbestimmung bei
667 Investitionsentscheidungen.
 - 668 • Einrichtung von überbetrieblichen,
669 regionalen oder branchenbezoge-
670 nen Strukturräten mit Beteiligung
671 von Arbeitgebern, Kommunen
672 und Gewerkschaften mit realen
673 Informations- und Entscheidungs-
674 rechten, insbesondere wenn es um
675 Standorte, öffentliche Mittel und
676 Investitionen geht.

677 Wir wollen keine Entscheidungen über un-
678 sere Köpfe hinweg. Wir haben ein Interes-
679 se an demokratischer Beteiligung, an Mit-
680 bestimmung. Veränderung wird nur mit
681 uns möglich sein, nicht gegen uns. Unse-
682 re Kolleginnen und Kollegen wollen über-
683 zeugt und einbezogen, nicht billig abge-
684 speist werden. Deshalb brauchen wir die
685 demokratische Transformation. Fördergel-
686 der bei Neugründungen sollen an Kriteri-
687 en der guten Arbeit verpflichtend verknüpft
688 werden.

689 4) Standorte und Beschäftigung sichern,
690 Qualifizierungsgeld (Transformationskurz-
691 arbeitergeld) einführen

692 Um die Potenziale der Energie- und Mobi-
693 litätswende für die hiesige Wertschöpfung
694 zu nutzen und die Transformations- und
695 Diversifizierungsprozesse erfolgreich
696 zu gestalten bedarf es einer aktiven
697 Arbeitsmarkt- und regionalen Struktur-
698 politik, die Regionen nicht abhängt und
699 Arbeitslosigkeit verhindert. Dazu müssen
700 diese Prozesse mit Umstrukturierungs-
701 und Investitionsförderungen begleitet
702 werden. Zudem stärkt eine enge regionale
703 Vernetzung und Zusammenarbeit von Bau,
704 Betrieb, über Wartung, bis hin zu Rück-
705 und Umbau und Recycling mit kurzen
706 Lieferketten und hohen Umweltstandards
707 den Heimatmarkt und ist nachhaltig.
708 Verschiedenste Konzerne spielen häufig
709 eine entscheidende Rolle für ganze Wert-
710 schöpfungsketten und ganze Branchen
711 und Regionen. Durch die Transformati-
712 on entstandene soziale Härten für die
713 Beschäftigten und betriebsbedingte Kün-
714 digungen müssen vermieden werden.
715 Dies muss für die gesamte Wertschöp-
716 fungskette gelten. Im Strukturwandel

717 geht es darum, für Beschäftigte eine Per-
718 spektive für „Gute Arbeit“ in der Region
719 zu entwickeln. Das heißt qualifizierte
720 Industriearbeit, gutes Einkommen auf
721 Basis von Tarifverträgen und Mitbestim-
722 mung. Beschäftigte brauchen Sicherheit
723 im Wandel. Die Ausbildungsberufe und
724 ihre Rahmenlehrpläne müssen moderni-
725 siert und den neuen Herausforderungen
726 angepasst werden.

- 727 • Deshalb muss ein Transformations-
728 Kurzarbeitergeld oder ein Qualifizie-
729 rungsgeld eingeführt werden, mit
730 dem es Unternehmen ermöglicht
731 wird, Beschäftigte im Betrieb zu
732 halten und für neue Aufgaben zu
733 qualifizieren.
- 734 • Dazu gehört auch die Kostenent-
735 lastung der Betriebe, wenn sie
736 Kurzarbeit mit Qualifizierung ver-
737 binden und eine Verlängerung der
738 Bezugsdauer auf 24 Monate. Dazu
739 muss das Qualifizierungschancenge-
740 setz gerade für kleine und mittlere
741 Betriebe handhabbarer gemacht
742 werden und ermöglichen, auch
743 für ganze Beschäftigtengruppen
744 Maßnahmen zu fördern, Transferge-
745 sellschaften zu gründen und länger
746 als bisher bestehen zu lassen.
- 747 • Ein Sozialpartnerdialog muss ge-
748 schaffen und eingerichtet werden.
749 Landesweit und in den Regionen
750 brauchen wir für Fragen des Struk-
751 turwandels und der Transformation
752 einen funktionierenden und nach-
753 haltigen Austausch zwischen den
754 Arbeitgeberverbänden, den Gewerk-
755 schaften und der Politik.
- 756 • Wir setzen uns für die Gründung

757 eines nationalen Transformations-
758 beirats beim Bundesarbeitsministe-
759 rium unter Einbindung aller Akteure
760 (Betriebsräte, Gewerkschaften, Un-
761 ternehmen, Arbeitgeberverbände,
762 Bundesagentur für Arbeit) und
763 ebenso auf Länderebene ein. Den
764 jetzt vom Bundesarbeitsminister
765 eingesetzten „Rat der Arbeitswelt“
766 sehen wir als richtigen und wichtigen
767 Schritt in die richtige Richtung. Auch
768 unterhalb der nationalen Ebene sind
769 verlässliche Strukturen erforderlich
770 – etwa in Form von Regional-räten
771 oder Transformationsbündnissen.
772 Den Beiräten obliegt es, auf Basis von
773 regionalen Entwicklungskonzepten
774 eine Priorisierung der Aktivitäten
775 vorzunehmen und die Sicherung
776 industrieller Strukturen und Beschäf-
777 tigung voranzutreiben.

- 778 • Mit Blick auf den Wandel müssen
779 die Branchendialoge, bei denen
780 Regierung, Arbeitgeber und Ar-
781 beitnehmer*innen an einen Tisch
782 kommen, zu festen Arbeitsstruktu-
783 ren im Rahmen der Mitbestimmung
784 (siehe oben) weiterentwickelt wer-
785 den. Ohne das Know-how und die
786 Mitwirkung der Betriebsräte und Be-
787 schäftigten wird die Transformation
788 nicht gelingen. Betriebsratsgremien,
789 insbesondere in kleinen und middle-
790 ren Betrieben mit in der Regel nicht
791 freigestellten Betriebsräten fehlen
792 daher die zeitlichen und fachlichen
793 Ressourcen. Um möglicherweise er-
794 forderliche Maßnahmen im Betrieb
795 auf Augenhöhe mit den Arbeitgebern
796 verhandeln zu können, ist von der

- 797 Bundesregierung ein Beratungs- und
798 Qualifizierungsfonds für Betriebsräte
799 einzurichten.
- 800 • Regionale Entwicklungsprozesse in
801 den besonders vom Wandel betrof-
802 fenen Regionen sollen unter Füh-
803 rung eines regionalen Transforma-
804 tionsbeirats als Projekt, zeitlich be-
805 fristet, und möglichst in Anbindung
806 an die Wirtschaftsförderungseinrich-
807 tungen, installiert werden, das dazu
808 beiträgt:
 - 809 – integrierte regionale Entwick-
810 lungskonzepte zu entwickeln
811 und umzusetzen,
 - 812 – regionale Entwicklungsprojekte
813 zu identifizieren und zu beför-
814 dern,
 - 815 – regionale Netzwerke, Bündnis-
816 se, Verbundprojekte, Innovati-
817 onscluster u.ä. aufzubauen,
 - 818 – verborgene regionale
819 Beschäftigungs- und Wachs-
820 tumspotentiale zu mobilisieren.
 - 821 • Wir brauchen dazu eine aktive
822 Umsetzung von regionalen Transforma-
823 tionsclusters und Branchen. Die
824 Regionen sollen sich mit allen Akteu-
825 ren (Gewerkschaften, Arbeitgeber,
826 Betriebsräte, Kommunalpolitiker,
827 Zivilgesellschaft, Bildungseinrich-
828 tungen, etc.) an den Tisch setzen
829 um zu entwickeln, was die Regionen
830 brauchen, um auch für die Zukunft
831 gut aufgestellt zu sein: Infrastruktur,
832 Weiterbildung, Kooperationen, etc.
833 Diese Planungen müssen Bund, Län-
834 der und Kommunen aktiv begleiten.
 - 835 • Regionale Strukturprogramme sollen
836 ein nachhaltiges, qualitatives und

837 umweltverträgliches Wachstum
838 durch die Verbesserung von Innovati-
839 onsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit
840 und Ressourceneffizienz insbeson-
841 dere der von der Transformation
842 betroffenen Unternehmen (entlang
843 der Wertschöpfungskette) erreichen
844 und dabei einen besonderen Schwer-
845 punkt auf den Klimaschutz und die
846 Energiewende, setzen. Ferner bedarf
847 es öffentlicher Beteiligungsfonds zur
848 Sicherung und Transformation von
849 Unternehmen, mit denen z. B. KMUs
850 unterstützt werden können, sobald
851 ein notwendiger oder erzwungener
852 Wechsel des Geschäftsmodells die
853 Investitionskraft übersteigt.

854 Auf Grundlage einer regionalen Inno-
855 vationsstrategie sollen auch innovative
856 Vorhaben und eine zielgerichtete, anwen-
857 dungsorientierte Forschungsinfrastruktur
858 gefördert und der Wissens- und Tech-
859 nologietransfer verbessert werden. Mit
860 entsprechenden regionalen Investitions-
861 und Strukturfonds kann alternative
862 qualifizierte Industriearbeit und damit
863 Perspektiven für „Gute Arbeit“ in den
864 Regionen entwickelt werden.